

Redebeitrag

Plenum, 24.09.2018

Dokument 18 Nr.6 – Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung  
-Alain Mertes-

*-Es gilt das gesprochene Wort-*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bereiche Beschäftigung sowie Unterricht & Ausbildung eingehen, mein Kollege MB wird zu den anderen Bereiche Stellung beziehen.

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von letzter Woche hatte etwas von einer Leistungsshow. Am Fließband präsentierte der Ministerpräsident die Leistungen dieser Regierung bzw. das, was die Regierung für ihre Leistungen hält. Inhaltlich gab es dazu, neben unzähligen Maßnahmen, viele Zahlen und Beträge, die verdeutlichen sollten, wieviel mehr die DG nun in diesen oder jenen Bereich investiert. Dabei finde ich das Wort „investiert“ sehr interessant, denn es suggeriert dem Zuhörer eine Anstrengung. Für Bürger, die in ein Eigenheim oder für Unternehmer, die in eine Betriebserweiterung investieren, mag dies zutreffen, denn das investierte Geld muss ja zuerst einmal verdient bzw. erwirtschaftet werden.

Die öffentliche Hand, also der Staat, erwirtschaftet aber kein Geld, sondern er nimmt es sich vom Bürger und verteilt es dann. Dies sind zwei total unterschiedliche Grundvoraussetzungen.

Die Steuergelder fließen über die wallonische Region und den Föderalstaat auch ohne großes Zutun der DG-Regierung. Sie kann sich also die meiste Zeit auf das Verteilen konzentrieren und das ist wahrlich eine viel einfachere und angenehmere Aufgabe.

Des Weiteren tut der Ministerpräsident so, als sei schon das Erhöhen von Zuschüssen eine Verbesserung an sich. Dies ist natürlich totaler Humbug, denn entscheidend ist, was letzten Endes mit dem Geld gemacht wird.

Allerdings entsteht durch die Art und Weise, wie der Ministerpräsident die Regierungserklärung vorträgt, ein ganz anderes Bild. Angesichts der vielen Probleme, die es in der DG gibt, kann ich diese Regierungserklärung, milde ausgedrückt, nur als Schönfärberei bezeichnen. Ohne Milde bin ich geneigt zu sagen, dass sie Züge der Propaganda aufweist.

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Kolleginnen und Kollegen, finden Sie es nicht auch sonderbar, dass in dieser Regierungserklärung die Ursachen der Probleme in unserer Gemeinschaft nicht angesprochen werden? Zumindest kann ich mich an kein Wort in diese Richtung erinnern.

Ich finde dies sehr sonderbar! Denn das ist doch gerade die Herausforderung der Politik im Allgemeinen und der Regierung im Besonderen, sich mit den Ursachen der Probleme auseinanderzusetzen, diese klar zu benennen und Lösungsvorschläge auszuarbeiten sowie anzubieten. Wie wollen wir denn sonst Probleme lösen, wenn wir nicht bei den Ursachen anfangen? Dabei geht es in erster Linie überhaupt nicht ums Geld, sondern um die Richtung, an die die Regierung ihr Handeln ausrichten möchte.

Schauen wir uns also einige Ursachen von aktuellen Problemen an. Im Bereich Beschäftigung wäre da der Fachkräftemangel einerseits und die Langzeitarbeitslosigkeit andererseits. Ich erinnere daran, dass immerhin 1/3 aller Arbeitssuchenden länger als 2 Jahre arbeitslos sind.

Durch die niedrigen Lohnnebenkosten und höheren Nettolöhne im Nachbarland Luxemburg wandern viele Fachkräfte ab. Aber auch Deutschland bietet attraktive Vorteile für Arbeitnehmer, beispielsweise in Sachen Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ursache ist also hier die Sozial- und Steuerpolitik des belgischen Föderalstaates, welche auch für die DG, einen Nachteil mit sich zieht. Hierauf hat die DG keinen direkten Einfluss, aber sie kann dies offen ansprechen und Fragen stellen.

Daneben gibt es auch hausgemachte Ursachen, wie beispielsweise fehlende, berufsbegleitende Weiterbildungen. Menschen, die eine Arbeit haben, finden in der DG wenige Möglichkeiten, neben der Arbeit einen Beruf zu erlernen bzw. sich umzuschulen. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat zum Teil mit fehlenden Sprachkenntnissen zu tun und zum anderen wird es den Personen, welche arbeiten könnten, aber nicht arbeiten wollen, zu einfach gemacht.

Was finden wir in der Regierungserklärung zu alledem? Eine erneute Ankündigung zur Schaffung eines Bündnisses für Fachkräfte. Ein „Bündnis für Fachkräfte“, das hört sich super an! Bündnis steht für „Gemeinsam“, ja und gemeinsam sind wir stark. Darin enthalten sein wird ein so genanntes Fachkräftemonitoring. Also wieder mal eine Umfrage und die Erhebung von Datenmaterial.

Seit 2000 hat es mindestens drei Interpellationen zu diesem Thema gegeben. Aus ihnen geht hervor, dass bereits in der Vergangenheit mehrere Veranstaltungen zu diesem Thema stattgefunden haben. Darüber hinaus wurde sogar ein Statistiker u.a. zur Untersuchung dieser Problematik eingestellt. Bei ihren vielen Betriebsbesuchen thematisiert die Beschäftigungsministerin diesen Punkt des Fachkräftemangels regelmäßig. Das ist auch richtig so, doch es drängt sich die Frage auf: „WAS MACHEN SIE DIE GANZE ZEIT?“

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Die Politik der Regierung in Bezug auf den Fachkräftemangel wirkt recht ideenlos und scheint über eine simple statistische Erhebung der Zahlen und Fakten nicht hinausgekommen zu sein. Eine erfolgreiche Politik sieht anders aus.

Durch die Schaffung eines Bündnisses für Fachkräfte kann man zwar den Schein wahren, etwas zu unternehmen, ohne sich jedoch ernsthaft mit der Thematik auseinanderzusetzen. Mit dem Fachkräftemonitoring wird erneut sinnlos Geld verbrannt, um Erkenntnisse zu erlangen, die eigentlich schon lange vorliegen.

Was soll diese Umfrage an neuen Informationen liefern, die uns nicht bereits schon vorliegen?

Wann will die Regierung denn endlich die Probleme bei den Ursachen anpacken und für Lösungen sorgen?

Das gleiche gilt für die Langzeitarbeitslosigkeit. Anstatt die eben erwähnten Ursachen anzugehen, werden Maßnahmen erlassen und Geld verteilt. Das ist sicher die bequemste Methode, aber leider nicht zielführend. Genügend bezahlbare Sprachkurse, sowie die Verpflichtung für Personen mit Migrationshintergrund einzuführen, mindestens das Niveau B1 zu erlernen, sind da schon unangenehmer.

Ganz verlässt die Regierung der Mut, wenn es heißt, die Arbeitssuchenden mehr zu motivieren, sich in Arbeit zu begeben. Obwohl das ADG durch die 6. Staatsreform das Kontrollinstrument über die Suchbemühungen von Arbeitssuchenden erhalten hat, macht sie nichts anderes, als vorher die wallonische Region: Pseudo-Suchbemühungen werden akzeptiert und es ist ein offenes Geheimnis unter Arbeitssuchenden, wie man sich anlegen muss, um möglichst ohne Druck stempeln zu können.

Kommen wir zum Gemeindegkodex betreffend der Durchführung der Gemeinderatswahlen. Angesichts des Debakels bei der Organisation der Wahlen von 2014 hätte man erwarten können, dass sich die Regierung keine Blöße gibt und alles daran setzt, es besser zu machen. Dies ist ja auch der Anspruch, den sich die Regierung selber gibt. Doch anstatt hier nach den Ursachen der Probleme bei der Stimmzählung in 2014 zu suchen und an Lösungen zu arbeiten, welche einen erneuten Skandal auf Ebene der DG verhindern können, dackelt die Regierung bei der Auswahl der Wahlcomputer dem Föderalstaat hinterher und verpasst die Chance, als Vorzeigeregion ein Wahlsystem zu benutzen, welches Fehlerquellen und Wahlmanipulation zu fast 100% ausschließen kann. Unsere Vorschläge in dieser Sache wurden ja leider komplett ignoriert. Soviel zur Bedeutung der Autonomie für die DG und dem Mut dieser Regierung.

Im Unterrichtswesen ergibt sich ein ähnliches Bild. So packt die Regierung endlich eine längst überfällige Dienstrechtsreform an, doch das Thema Beamtenwesen und Ernennungen wird

**Fraktion im PDG V.o.G.**

wie eine heilige Kuh behandelt: Bloß nicht anfassen! Dabei ist der Beamtenstatus nicht mehr zeitgemäß und in vielen Bereiche kontraproduktiv. Er ist teilweise Ursache für eine aufgeblähte Bürokratie und einer fehlenden Dynamik in öffentlichen Diensten und Einrichtungen.

Doch auch an andere Stelle werden Ursachen ignoriert. Es werden ständig neue personelle und finanzielle Mittel für eine logistische und/oder pädagogische Unterstützung in den Schulen frei gemacht. So erhalten die Schulleiter Unterstützung für die gestiegenen Verwaltungsaufgaben. Warum diese zunehmen und ob diese Anforderungen alle nötig sind, danach scheint niemand zu fragen.

Zusätzliche Förderpädagogen, Kindergartenassistenten, usw., sollen helfen, den Schulalltag für Lehrer und Schüler zu vereinfachen. Hintergrund, oder sollte ich sagen, Ursache, ist die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, welche ein anderes Verhalten an den Tag legen, als früher. Steigende Verhaltensauffälligkeiten, deren Ursachen vielschichtig sind, führen zu einem erhöhten Bedarf in der Betreuung. Dabei sind einige Ursachen offensichtlich: Der übertriebene Konsum von digitalen Medien und die fehlende Erziehung im Elternhaus, um nur zwei Gründe für diese Entwicklung zu nennen. Doch warum sprechen Sie, Herr Ministerpräsident, und der Unterrichtsminister das nicht an? Natürlich wird es nicht allen Eltern gefallen, wenn sie mit in die Verantwortung genommen werden. Doch wir sitzen letzten Endes alle im gleichen Boot und jeder hat seine Verantwortung zu übernehmen.

Ja, es gibt noch andere Dinge, die eher unbequem sind und die die Regierung entweder nicht anspricht bzw. noch nicht einmal wahrnimmt. In der Regierungserklärung sagt Herr Paasch zum Thema Sport u.a., ich zitiere: „Außerdem wollen wir den Sportrat bei seinem Selbstreflexionsprozess zur Neustrukturierung und Professionalisierung des Sportes in unserer Gemeinschaft unterstützen.“

Auch hier hört sich doch alles wunderbar an, oder? Doch was geschieht da heute im Sport? Und wozu soll die Professionalisierung gut sein? Haben Sie sich, werte Mitglieder der Regierung, diese Fragen schon gestellt?

Vor kurzem sprach ich mit einem Vater eines 10 jährigen Fußballers aus der französischsprachigen Gemeinschaft. Er erklärte mir, dass die neue Fußballförderung in Belgien, vor allem Individualisten hervorbrächte.

Ich war erstaunt über die Aussage, doch leider hatten wir keine Möglichkeit das Gespräch zu vertiefen. Nur eines teilte er mir noch mit: Früher hätten die Kinder Fußball oder eine andere Sportart vor allem als Ausgleich zum Schulalltag gemacht. Heute würde der Leistungsgedanke durch die Professionalisierung auch in den Breitensport getragen. Dadurch verliert dieser immer mehr seine Fähigkeit, ein gesunder Ausgleich für Kinder und Jugendliche zu sein. Diese

**Fraktion im PDG V.o.G.**

bedenkliche Entwicklung sollte thematisiert werden, wollen wir keinen neuen Ursachen für Probleme schaffen.

Noch ein paar Worte zum Thema Mehrsprachigkeit. Interessant ist, dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung eine Trendwende in Sachen Französischkenntnisse verkündet hat. Dabei beruft er sich auf die Einrichtung, welche die Tests durchgeführt hat. Inwiefern es tatsächlich zu einer nachhaltigen Verbesserung kommt, wird die Zukunft zeigen. Wir sollten mit solchen Aussagen vorsichtig sein und keine zu großen Hoffnungen wecken. Erst wenn die weiterführenden Schulen, die Akteure der Mittelständischen Ausbildung und die Betriebe bestätigen, dass sich etwas getan hat, können wir zufrieden sein. Bis dahin sollten wir die Entwicklung genau verfolgen und uns auch umschaun, was es an neuen Erkenntnissen gibt. So erinnere ich an die so genannte Züricher Studie von Simone E. Pfenninger und David Singleton. Dort gibt es sehr interessante Erkenntnisse zum Erwerb von Fremdsprachen.

Einige möchte ich Ihnen hier kurz aufzählen:

1. Die Forscher beobachteten, dass es keinen signifikanten Unterschied macht, früh oder spät mit dem Erlernen einer Zweitsprache zu beginnen. Zwar sind anfangs die Kenntnisse der Frühstarter bedeutend besser als die der Spätstarter, jedoch verschwindet dieser Unterschied im Laufe des schulischen Werdegangs.
2. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass, je besser die Kenntnis der Muttersprache ist, desto besser entwickelt sich die Kenntnis der Fremdsprache.
3. Bereits nach 6 Monaten waren die Spätstarter auf dem Niveau der Frühstarter in Sachen Syntax, Grammatik, Wortschatz, Rechtschreibung und Verständnis. Es kam darüber hinaus nicht selten vor, dass das Niveau der Spätstarter sogar über dem der Frühstarter lag, da erstere schneller und effizienter lernten, als die Frühstarter, obwohl beide Gruppen auf gleiche Weise zum Wissenstransfer neigen.
4. Nach der Sekundarschule waren indes alle sprachlichen Niveauunterschiede ausgeglichen und die Wissenschaftler kamen zu dem Schluss, dass geistige Reife den Lernprozess der Fremdsprache eingehend beschleunigt und somit auch effizienter macht.
5. Die Motivation der Spätstarter ist zudem meistens höher als die der Frühstarter, da man im Laufe der schulischen Karriere vermehrt den Sinn im Erlernen sieht, Tatsache, die oft bei den Frühstarten nicht gegeben ist.

Allesamt interessante Feststellungen, die den bilingualen Kindergarten in einen ganz neuen Kontext setzen. Nun, jede Studie ist mit Vorsicht zu genießen, doch sollten wir uns hiermit

**Fraktion im PDG V.o.G.**

auseinandersetzen und diese Ergebnisse nicht einfach ignorieren, nur weil es nicht in unser Konzept passt.

Aufgrund der begrenzten Redezeit komme ich nun zum Schluss. Müsste ich die Charakteristik dieser Regierungserklärung in einem Wort zusammenfassen, dann würde ich den Begriff „oberflächlich“ wählen. Dies ist aber nicht verwunderlich, denn ihre Regierungsarbeit trägt in weiten Teilen den gleichen Wesenszug.

Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Mehrheit: Nein so wir das nichts. Schönreden löst keine Probleme! Der Ministerpräsident hat mir mal hier am Rednerpult geantwortet, dass er nichts gegen schöne Worte hätte, ganz im Gegenteil. Schöne Worte zu wählen, sei doch eine gute Sache. Ja Herr Ministerpräsident, da stimme ich Ihnen zu, insofern die Worte denn wahr sind!!!

Ich Danke für Ihre Aufmerksamkeit,

Alain Mertes